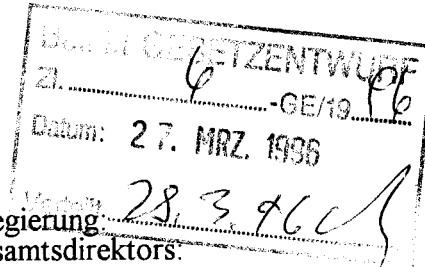


Zl. n. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 24. März 1996

1. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, 25-fach
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landesamtsdirektoren)
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ. Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien

zur gefälligen Kenntnis.



Für die Landesregierung  
Im Auftrag des Landesamtsdirektors  
Dr. Rauchbauer eh.  
(Leiter des Verfassungsdienstes)

Ulrich Reber

F.d.R.d.A.:

Schaffner

**Amt der Burgenländischen Landesregierung**  
**Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst**

---

Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

Eisenstadt, am 24. März 1996  
7000 Eisenstadt, Freiheitsplatz 1  
Tel.: 02682/600 DW 2697  
Fr. Mag. Philipp

**Zahl:** LAD-VD-B357-1996

**Betr:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Gerichtsorganisationsgesetz, die Zivilprozeßordnung  
und die Strafprozeßordnung geändert werden; Stellungnahme

**Bezug:** 17.117/138-I 8/1996

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz, die Zivilprozeßordnung und die Strafprozeßordnung geändert werden, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:  
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:  
Dr. Rauchbauer eh.  
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.:

*Schlaffner*